

SD-Poscht

Informationsblatt für Mitglieder und Sympathisant(inn)en der SD im Kanton Zürich

Rahmen-Bschiss!!

Der Bundesrat macht in Geheimnistuerei, doch die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Bern will mit der EU zwar nochmals über das "institutionelle Rahmenabkommen" verhandeln, aber nur bezüglich Lohnschutz, Unionsbürger-Richtlinie und Staatsbeihilfen. Das sind zwar wichtige Punkte. Das eigentliche Problem aber will der Bundesrat nach wie vor nicht angehen. Mit dem Rahmenabkommen würde sich die Schweiz verpflichten, in allen Belangen, welche die bilateralen Verträge betreffen (und das sind viele!), künftige EU-Gesetze zu übernehmen. Das heisst nichts weniger, als dass wir unsere Gesetzgebungshoheit – also das, was einen unabhängigen Staat ausmacht – zu einem grossen Teil an eine fremde Macht abtreten sollen. So etwas ist **eines freien Landes unwürdig**. Immer wieder ist davon die Rede, dass ohne Rahmenabkommen die bilateralen Verträge nicht mehr "aktualisiert" werden könnten und dann unser Wohlstand in Gefahr sei. Da stellt sich die Frage, was denn mit "Aktualisieren" gemeint ist – wohl auch nur eine Ausweitung der **frechen EU-Einmischung** in immer weitere Teile unserer Rechtsordnung! So wird von "Bern" alles schöngeredet. Das ist ein einziger grosser "Bschiss"! Bedenklich ist aber vor allem die Krämermentalität unserer Politiker in Bern, die aus lauter Angst, dass uns ein paar gewinnbringende Geschäfte entgehen könnten, die Freiheit und Souveränität der Schweiz aufs Spiel setzen. **Wieso dieses Duckmäsertum?** Wir sind eine starke Nation mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, die Güter und Dienstleistungen von hoher Qualität produziert. Diese werden gekauft, ob es "Brüssel" passt oder nicht. Die EU hingegen ist gewiss nicht in einer Position der Stärke. Sie wird von zahlreichen Krisen geschüttelt. Die Osteuropäer pochen auf ihre Souveränität, lassen sich nicht in ihre Verfassungsordnung hineinreden und auch nicht ihre Länder mit den Afrikanern und Arabern fluten, welche fragwürdige "NGO" laufend aus dem Mittelmeer (und neuerdings aus dem Atlantik) fischen. Der Süden will die wirtschaftlich starken Länder des Nordens noch mehr melken. In der Corona-Krise hat die EU total versagt, und jetzt ist sie nicht einmal mehr imstande, ein Budget zu beschliessen. Und der Euro, der funktioniert trotz allen Rettungsaktionen auch nicht und wird nicht mehr allzu lange überleben. Kurz, diese EU ist ein tönerner Gigant, des-

sen Lebenszeit sich dem Ende zuneigt. Vor diesem Gebilde brauchen wir Eidgenossen gewiss keine Angst zu haben.

Überbevölkerung ist kein Naturereignis

Die Statistiker sagen voraus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Zürich in den nächsten 20, 30 Jahren um mehrere hunderttausend Menschen anwachsen wird. Und wie reagieren unsere Regierung und unser Parlament? Sie stellen mittels einer "Raumplanung", die in Wirklichkeit nur eine Etappierung der Landschaftszerstörung ist, stets genug Bauland zur Verfügung und "verdichten" zusätzlich die Städte und Dörfer, um die zusätzlichen Menschenmassen unterzubringen. Bei den Hühnern hat man schon vor Jahren erkannt, dass Batteriehaltung schädlich ist, und hat diese zum Wohl des Geflügels verboten. Wir Menschen hingegen sollen immer enger zusammengepfercht werden, damit eine Minderheit, die schon privilegiert ist, die Wirtschaft mittels Einwanderung noch mehr aufblähen und noch mehr Profit einfahren kann. Der noch vorhandene landwirtschaftlich nutzbare Boden reicht schon seit langem nicht mehr aus, um die Bevölkerung der Schweiz zu ernähren, die sich seit 1950 von 4,5 auf 8,5 Millionen fast verdoppelt hat. Trotzdem holt man immer noch mehr Menschen ins Land und gaukelt uns vor, dies sei sozusagen ein Naturereignis, das wie das Wetter einfach über uns kommt und hingenommen werden muss. Dem ist nicht so. Die rasch fortschreitende Überbevölkerung der Schweiz ist Menschenwerk und als solches verhinderbar. Ein griffiges Gegenmittel besteht z.B. darin, jegliche Ein- und Aufzoning von "Bauland" zu bekämpfen und neue Wohnbauprojekte wo immer möglich anzugreifen. Wenn wir für die vielen Neuzuzüger keinen Wohnraum bereitstellen, können sie nicht kommen. So simpel ist das.

Eidgenössische Volksabstimmung vom 7. März 2021

Am ersten Abstimmungstag des neuen Jahres kommen drei Vorlagen zur Abstimmung:

- ▶ Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot"
- ▶ Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste ("E-ID")
- ▶ Genehmigung des Wirtschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

Für uns steht die erstgenannte Volksinitiative im Vordergrund. Zwar trifft zu, dass derzeit noch kaum jemand voll verschleiert herumläuft. Das ist aber nur eine Frage der Zeit, wenn wir nicht rechtzeitig Gegensteuer geben und mit einem JA zur Initiative klarstellen, dass sich an hiesige Sitten und Gebräuche halten muss, wer in der Schweiz leben will.

Frohe Festtage und ein gutes neues Jahr!